Krakauer Zeitung.

Nr. 249. Dinstag, den 30. October **1860.**

IV. Jahrgang.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stämpelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung". Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Am 27. October 1860 ist in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LVIII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet worden.

Dasselbe enthält unter

Nr. 232 das kaiserliche Patent vom 20 October 1860, womit das Statut über die Landes-Vertretung im Herzogthume Kärnthen erlassen wird.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 29. October.

Wie früher gewisse Blätter bemüht waren, die Bedeutung der Warschauer Conferenz zu verkleinern, beeilt man sich jetzt, die gänzliche Erfolglosigkeit derselben zu behaupten und zu demonstriren, daß dies voraus zu sehen war. „Rußlands europäische Politik," sagt ein preußisches Blatt, „ist in erster Linie auf Frankreich gerichtet, und es würde sich von dieser Linie nur dann entfernen, wenn ihm für Frankreich ein Aequivalent und dazu noch ein Vortheil für andere politische Absichten geboten wäre. Das könnte allein bei England, keinesfalls aber bei Oesterreich und Preußen sein, von denen ersteres in seinen orientalischen Interessen, zunächst schon in seiner Politik wegen der untern Donau, gerade der Antipode Rußlands ist, letzteres aber halb und halb indifferent ist, da es keine unmittelbare Beziehung zur orientalischen Frage hat. Was Rußland von Frankreich hofft, fällt in den Schwerpunkt dieser Frage und kann es von keiner andern europäischen Macht hoffen. Darin, daß Kaiser Alexander einen beruhigenden Brief an L. Napoleon gerichtet, hat sich eine große Behutsamkeit des russischen Cabinets hinsichtlich seiner Beziehungen zu dem französischen gezeigt. Sodann darf nicht übersehen werden, daß die Sorgfalt, jeden Anstoß bei Kaiser Napoleon zu vermeiden, um so mehr zugenommen hat, als man sich in Petersburg überzeugte, daß eine Annäherung an England, die zeitweilig für möglich gehalten wurde, nicht durchzuführen ist. Die Politik des Fürsten Gorczakow, der ohnehin in dem Rufe einer besonderen Hinneigung zu Frankreich steht, konnte nur einen Augenblick durch die Hoffnung schwankend werden, England werde Rußland von den lästigen Bedingungen des Pariser Friedens zu befreien suchen. Seitdem man von dieser Illusion zurückgekommen ist — und das geschah desto mehr, je näher der Tag von Warschau rückte — seitdem hat man nichts gespart, um in Paris wegen der Zusammenkunft in Warschau beruhigend zu wirken, und die Folge davon war, daß Kaiser Napoleon auf jede Betheiligung an diesem Factum verzichtet hat." Wir lassen uns vorderhand an der wichtigen Thatsache genügen, daß diese Zusammenkunft überhaupt stattgefunden. Was aber das Schreiben des Kaisers von Rußland an den Kaiser Napoleon betrifft, darf dessen Bedeutung nicht in der Art überschätzt werden, daß man schon daraus auf die Resultatlosigkeit der Warschauer Conferenzen schließen möchte. Die versöhnliche Haltung Rußlands Frankreich gegenüber, schreibt man der „Schles. Ztg." aus Berlin, entspringt hauptsächlich dem Umstande, daß die differirenden Anschauungen Rußlands und Englands in Beziehung auf die italienische Frage in der letzten Zeit die Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten sehr kühl gemacht haben und daß Rußland, indem es darauf verzichtet, von England irgend eine Unterstützung für seine Politik in Italien zu finden, es wenigstens zu vermeiden sucht, durch ein feindliches Auftreten gegen Napoleon ein engeres Zusammengehen der beiden westlichen Mächte herbeizuführen.

Der pariser Correspondent der „Preuß. Ztg." macht zu dem vielbesprochenen „Constitutionnel"-Artikel folgende Bemerkungen: „Es wird zuerst der Vorwurf des gesammten conservativen Europa's wiederholt und diesem der der revolutionären Fraction so gegenübergestellt als ob beide gleich berechtigt und gleich stark wären. Da ist es dann bequem, das Unrecht auf beiden Seiten zu zeigen und sich mit dem Maße der Wahrheit und Gerechtigkeit in die Mitte zu stellen. Europa macht Frankreich nicht blos einen idealen, sondern einen an Thatsachen geknüpften Vorwurf, den nämlich, daß es gegen den Buchstaben eines vor Kurzem erst abgeschlossenen Vertrages und gegen den Geist mündlich und schriftlich gegebener Versprechungen in Italien dieselbe radicale Revolution zu Ende führen läßt, gegen die es principiell sich aufzulehnen selbst vorgibt. Internationale Verpflichtungen haben ihren Werth eben darin, daß sie trotz der Schwierigkeiten, die sich ihnen entgegenstellen, ausgeführt werden."

Die „Köln. Ztg," erhält Mittheilung von dem Briefe eines Diplomaten aus Paris, worin erzählt wird, der russische Gesandte Hr. v. Kisselew habe vor seiner Abreise nach Warschau in einer Unterredung mit dem Kaiser Napoleon demselben den Vorschlag gemacht, gemeinschaftlich mit Rußland in Italien zu Gunsten der Wiederherstellung einer dem Völkerrechte entsprechendern Ordnung zu interveniren. Der Kaiser habe dies entschieden abgelehnt. Hierauf habe der Gesandte gefragt, was Napoleon thun würde, falls Oesterreich an Sardinien den Krieg erklärte. Der Kaiser antwortete, daß er dies für jetzt noch nicht bestimmen könne. Wie dann? fragte Kisselew, wenn Sardinien angriffe? — Ja, dann mag es die Folgen dieses Schrittes tragen. Mit diesem Bescheide sei der Gesandte nach Warschau gegangen. — Das Schreiben behauptet ferner, die Stellung des Kaisers sei keine angenehme. Namentlich werde er von der Kaiserin fortwährend mit Thränen bestürmt, welche den Tod ihrer Schwester als eine Strafe Gottes für die unchristliche Politik gegen den Papst ansieht.

Der „K. Z." wird aus Paris geschrieben: Das Ereigniß des Tages ist wohl das von Oesterreich mitgetheilte Ultimatum. Oesterreich läßt durch Fürst Metternich erklären, daß es nicht gesonnen ist, vorläufig anzugreifen. Es verlangt jedoch von Frankreich, daß es Sardinien gegenüber vermittelnd auftrete, um diese Macht zu den Bestimmungen und Principien des Friedensschlusses von Zürich zurückzuführen. Falls dieses nicht gelingen sollte, werde das Wiener Cabinet vielleicht sich veranlaßt fühlen, von seinen Waffen Gebrauch zu machen, und zwar würde es dann im Einverständnisse mit den beiden Nordmächten so handeln. Fürst Metternich erklärt ausdrücklich, seine Regierung sei der Zustimmung Preußens und Rußlands gewiß. Gestern ist sogleich außerordentlicher Ministerrath abgehalten worden, und Herr Thouvenel hat, wie man erzählt, den Satz vertheidigt, daß Oesterreich das Recht habe, zu interveniren, da Sardinien zuerst das Nichtinterventionsprincip verletzt hat. Das ist kaum glaublich, trotzdem dieser Minister aus seinen freundlichen Gesinnungen für Oesterreich niemals ein Geheimniß gemacht hat. Daß Frankreich Italiens Partei ergreifen werde, das geht aus dem Constitutionnel-Artikel hervor, und die einstimmige Beifälligkeit, womit dieser Artikel von der sogenannten französischen Presse aufgenommen worden ist, kann nicht geeignet sein, dem Kaiser Reue bezüglich der von ihm, wie man sagt, beschlossenen Haltung einzuflößen. Natürlich schreibt man den Schritt Oesterreichs den Ergebnissen der Warschauer Conferenz zu, und es heißt, daß es in der Polenstadt zum Abschlusse eines positiven Vertrages gekommen sei. Die Idee eines Congresses, insofern die Mächte nicht von vornherein erklären, daß jede andere Rechtsgrundlage als die Stipulation des Züricher Vertrages zurückgewiesen ist, wurde als unzuläßig erklärt. Der Correspondent bezeichnet seine Angaben, wahrscheinlich soweit sie auf Warschau Bezug haben, als Gerüchte. Aehnliches meldet die „N. P. Z."

Diesen beiden Angaben müssen wir jedoch entgegenhalten, daß nur die der „Opinion nationale" gebrachte, hierauf bezügliche Note vom „Moniteur" desavouirt wurde. Der Artikel der „Opinion" lautet: „Wir glauben keine Indiscretion zu begehen, indem wir der Oeffentlichkeit nachstehende Note übergeben, die gewissen Correspondenten von der österreichischen Gesandtschaft mitgetheilt worden und die in unsere Hände gefallen ist. Wenn, wie wir allen Grund zu glauben haben, diese Note nicht abgeläugnet wird, so erfolgt daraus, daß Fürst Metternich Betreffs der italienischen Frage einen Casus belli stellen wird, und daß Oesterreich bei dieser Gelegenheit der Unterstützung derjenigen Mächte sicher ist, die seine Ansichten über das öffentliche Recht theilen. Wir haben nicht nöthig, auf die ernste Lage aufmerksam zu machen, die mit der Rückkehr des österreichischen Gesandten ihren Anfang genommen hat. Die betreffende Note lautet: „„Die Gesandtschaft Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich ist ermächtigt, nach ihr aus Wien zugegangenen Nachrichten auf officielle Weise zu erklären, daß die Gerüchte über eine außerordentliche Truppen-Concentration und Vermehrung im Venetianischen in der Absicht, Piemont anzugreifen, ohne die geringste Begründung sind; daß die Ernennung des Generals Benedek zum Oberbefehlshaber der Armee in Italien ebenfalls keine derartige Bedeutung hat und daß die Befehle, Instructionen und Informationen, welche die österreichische Gesandtschaft bis heute erhalten hat, dieselbe zu dem Glauben ermächtigen, daß ein sofortiger Angriff gegen Piemont keineswegs in der Absicht der kaiserlichen Regierung liegt. Man glaubt, daß Se. Durchl. der Fürst v. Metternich bei seiner Rückkehr beauftragt ist, mit der französischen Regierung über die friedliche und gerechte Lösung der italienischen Frage Unterhandlungen zu eröffnen. Und erst nach dem Scheitern dieser letzten Bemühung wird der Kaiser von Oesterreich in Uebereinstimmung mit den Mächten, die auf dem nämlichen Rechtsboden stehen wie er, einen Aufruf zu den Waffen erlassen können, um die in dem letzten Vertrage stipulirten Principien und Rechte zur Geltung zu bringen.""

Die Berliner „Bank- und Handelsztg." sagt, aus Paris schreibe ein eingeweihter Mann: „Die franz. Regierung hat sichere Kennzeichen dafür, daß die Italiener mit der Haltung Frankreichs sehr unzufrieden sind, und in ihrer nationalen Weise (à la Orsini) zu demonstriren Anstalt machen. Es sind in diesen Tagen mehre Italiener verhaftet worden, wie man sagt, auf Winke, die der Pariser Polizei aus Turin zugegangen sind."

Der „Prager Ztg." schreibt man aus Berlin, 26. October. Die von französischen Blättern ganz neuerdings wieder angeregte Congreß-Idee hat allem Anschein nach fortdauernd keine Aussicht auf Verwirklichung. Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß der Kaiser Napoleon den alsbaldigen Zusammentritt eines Congresses auf das lebhafteste wünscht, um namentlich die Umgestaltung Italiens feierlich anerkannt zu sehen. Eben so sprechen verschiedene Zeugnisse dafür, daß Fürst Gortschakoff den Wünschen des französischen Herrschers mit einer freundschaftlichen Unterstützung entgegen kommt, um dadurch für Rußland Vortheile in Betreff der orientalischen Frage zu erringen. Andererseits steht indessen nicht minder fest, daß die übrigen drei Mächte den Pariser Congreßplan in keiner Weise begünstigen. Auch können insbesondere wohl Oesterreich und Preußen es durchaus nicht für ihre Aufgabe ansehen, durch eine Befestigung der jetzigen Ordnung der Dinge in Italien einen anti-deutschen Bundesgenossen Frankreichs nur um so mehr kräftigen zu helfen.

Die neapolitanische Deputation, welcher Victor Emanuel in Grottamare Audienz ertheilte, ist entzückt über ihren Empfang nach Neapel zurückgekehrt. Der König hat sich, wie dem „Journal des Debats" geschrieben wird, über eine Stunde lang in seiner gewohnten, soldatisch-offenen und zutraulichen Weise unterhalten, sich nach dem Regimente Ferdinands II. erkundigt und hinzugefügt, daß er kein anderes Metier als das des Königs verstände und deshalb seine Minister zum Wohl des Landes regieren lasse. Er sprach sich dann über die italienische Einheit aus und ging auf die Stellung zu Oesterreich über. Hier soll er übrigens nach dem Gewährsmann des „Journal des Deb.", einem Mitgliede der Deputation, geäußert haben, Oesterreich höre nicht auf, zu drohen, und es sei noch nicht lange her, daß ihm durch die Vermittelung des Kaisers Napoleon eine österreichische Note, die sehr gereizt gehalten, zugegangen sei. Aber er mache sich nichts daraus. Oesterreich habe den günstigen Moment zum Angriff verloren. Es bereite sich für das nächste Frühjahr vor, aber alsdann werde er mit der Hülfe, die ihm Neapel zuführe, 400,000 Mann unter den Waffen haben, und die Italiener verstünden Gott sei Dank noch sich zu schlagen. Der Papst selbst habe ihm jetzt voll Zärtlichkeit geschrieben. Die europäischen Mächte wären zwar nicht zufrieden, sie schmollten, aber mit Ausnahme Oesterreichs gäbe es keine, die drohe. Die Italiener handelten wie Leute, die in ihrem eigenen Hause sind, und Europa werde endlich Recht und Gerechtigkeit anerkennen. Der König schloß damit, daß er mit Garibaldi zufrieden sei. Garibaldi wäre ein wenig launenhaft, aber Italien hätte kein edleres Herz und keinen edleren Sohn. Er, der König, habe ihm manchmal Artillerie angeboten, aber Garibaldi hätte dies abgelehnt, er scheine Capua mit dem Bajonnet nehmen zu wollen. Die Deputation möge in Neapel sagen, daß der König nicht aufhören werde, für Alle das zu thun, was er bisher für sein kleines Piemont gethan habe. Er werde seine Pflicht als Soldat und König erfüllen, möchten Alle die den Namen des Italieners tragen, dasselbe thun. Noch fehle der Schlüssel zum Hause, aber Italien wäre doch fertig. „Hoffen wir und beharren wir."

Ein Artikel der „Donau-Ztg." folgt dem König Victor Emanuel auf seinen absonderlichen, unrühmlichen Wegen. Am Schlusse des Artikels heißt es: Alle diese Dinge, die Europa in kurzer Aufeinanderfolge erlebt hat, waren eines europäischen Fürsten, eines Königs, der seines Gleichen und der öffentlichen Meinung Verantwortung schuldig ist, unwürdig. Empörend aber ist das Schauspiel der jüngsten Tage. König Victor Emanuel ist auf Schleichwegen nach Neapel gekommen, um den dortigen Thron in Besitz zu nehmen. Zu dem öffentlichsten, erhabensten Act, welcher seit ewigen Zeiten in monarchischen Staaten in seinen Vorbereitungen und in seinem Verlauf so weit als möglich sichtbar gemacht wird, findet sich der König Victor Emanuel auf geheimnißvollen Umwegen ein, damit er nicht dem rechtmäßigen Besitzer jenes Thrones, welchen er in Anspruch nimmt, in die Hände fällt, damit er nicht Gefahr läuft, auf seiner Triumphreise (!) aufgehoben zu werden. Wo befand sich Victor Emanuel in den letzten Tagen? Man wußte es nicht. Seit geraumer Zeit wird er in Neapel erwartet; heute weilt er hier in einer kleinen Stadt, morgen vermeidet er dort eine Gegend, weil die treue Bevölkerung derselben zu ihrem Fürsten steht; und so, geleitet von geschickten Schleichhändlern, wird ein König in ein von ihm für herrenlos erklärtes Reich eingeschmuggelt. Das ist der Triumphzug des König-Ehrenmannes nach Neapel: statt durch Ehrenpforten kommt er an über Schmuggelpfade! Wir für unseren Theil aber rufen: Besser einen Thron verlieren, wie König Franz II., als einen erwerben, wie Victor Emanuel!

Graf Cavour ist, wie man der „N. Pr. Ztg." schreibt, durchaus nicht überrascht, auch nicht empfindlich gewesen, als ihm der preußische Gesandte Graf Brassier de St. Simon die Depesche vom 13. Oct. (Nr. 249) vorgelesen. „Er sei", meinte er, „sich vollständig bewußt, daß sein Kabinet nicht die Formen des diplomatischen Herkommens beobachtet habe; aber die außerordentlichen Umstände dürften wohl ihn wie sein Handeln rechtfertigen. Auch habe er die feste Ueberzeugung, daß Preußen in ähnlicher Lage ebenso gehandelt haben würde, wie Sardinien gehandelt hat." Cavour will sich damit wieder als den Retter Italiens proklamiren, während er doch der Brandstifter ist.

Dem „Nord" werden aus London zwei sardinische Actenstücke mitgetheilt, die sich auf die orientalische Frage beziehen. Als die Großmächte in Paris über Syrien verhandelten wurde Sardinien nicht zugezogen, was es eigentlich auf Grund der Art. 9 und 7 des pariser Vertrages hätte fordern können aber nicht gefordert hat, um den Schluß der an sich dringlichen Angelegenheit nicht zu verzögern. Als die Pforte den Großvezir in die Nordprovinzen der Türkei zur Inspection entsandte, machte sie allen Großmächten davon Anzeige, aber Sardinien nicht. Jetzt wollte dieses sich sein durch Mitunterzeichnung des pariser Vertrags wohlerworbenes Recht nicht kränken lassen und beauftragte daher seinen Vertreter in Konstantinopel, General Durando, Reclamation zu erheben. Dies geschah am 27. Juni. Die Pforte bestritt aber Sardinien das Recht, solche Ansprüche zu machen. Darauf richtete der General unterm 22. September eine neue Note an die Pforte, und Graf Cavour hat unterm 15. Oct. eine Circular-Depesche an seine Agenten im Auslande erlassen, um das Recht Sardiniens der Türkei gegenüber zu wahren.

Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 15. September 1860.

(Fortsetzung.)

Der Herr Leiter des Finanzministeriums: „Die Steigerung der Grundsteuer, wie sie in dem Berichte des Komité's nachgewiesen ist, beruht wesentlich auf dem Ergebnisse der fortgeschrittenen Katastral-Operation, weil dadurch auch eine höhere Ziffer des Grunderträgnisses sich herausstellt und wie natürlich auch die Steuer um so viel höher wurde.

„Am meisten ist dieses wohl in Böhmen hervorgetreten, wo in Folge der Vollendung der Katastral-Ausmessung eine bedeutende Erhöhung in der Steuerleistung stattgefunden hat. Dieses Kronland dürfte auch dem Komité vorgeschwebt haben bei der Stelle, an welcher von der besonders hohen und namhaften Steigerung der Grundsteuer im Vergleiche mit den indirekten Steuern die Rede ist. Nach den statistischen Daten und Nachweisungen, die mir zu Gebote stehen, war die Grundsteuer namentlich in Böhmen im Jahre 1847 an der gesammten Summe aller direkten und indirekten Abgaben mit 26 pCt. betheiligt und dieses Perzenten-Verhältniß der Grundsteuer zu den gesammten Jahresabgaben hat sich seither auf 25, ja sogar bis auf 24 pCt. herabgemindert. Aus diesem geht hervor, daß eine fortschreitende, allzuhohe Anspannung der Grundsteuer im Vergleich mit den übrigen Abgaben nicht eingetreten ist, was insbesondere das Perzent bei dem Ansatze des Voranschlages für 1861 betrifft, so entfällt dasselbe mit Inbegriff des „ein Drittel-Zu-

schusses" und des Kriegszuschlages nur mit 24.7 pCt. Das Perzent, welches in der Monarchie an der Grundsteuer nebst dem „Drittel-Zuschusse" und dem außerordentlichen Kriegszuschlage auf das Joch produktiven Bodens entfällt, durchläuft eine Skala von Länderdurchschnitten von 1 fl., 72 bis 15 Neukreuzern mit einem Landesmitteldurchschnitte von 65 Neukreuzern, wobei das Landeserforderniß und die Kriegszuschläge nicht in Anschlag gebracht erscheinen, indem diese ausschließlich auf Landeszwecke verwendet werden, und es ist nur zu wünschen und wohl auch zu hoffen, daß bei der eintretenden Selbstverwaltung der Kronländer und der Gemeinden die eigenen Erfordernisse wohlfeiler und besser bestritten werden möchten. Es ist ferner im Komitéberichte bemerkt, daß eine direkte oder indirekte Einflußnahme der Regierung auf die Placirung der Fonds- und Waisen-Kapitalien in Staats-Effekten vorhanden sei. Ich habe die Vorschriften nachgesehen; eine diesfällige Weisung, ein diesfälliger Erlaß liegen nicht vor.

„Im Jahre 1843 wurde wahrgenommen, daß gegen 7 Millionen unfruchtbarer Gelder bei den Depositen-Aemtern und Gerichten erlegen sind, und da wurde verordnet, daß derlei Gelder bis zu dem Zeitraume, als sie in Folge Elocirung fruchtbringende Anlage finden könnten, einstweilen zinstragend in den Tilgungsfond hinterlegt werden sollen.

„Im Jahre 1849 ist auch eine ähnliche Verordnung ergangen, aber wieder behoben worden, aber seither ist finanziellerseits kein Einfluß auf die Waisen- und andere Gelder genommen, sondern deren Elocirung ausschließlich den Gerichten als der vormundschaftlichen Behörde überlassen worden.

„In der Zwischenzeit, während der eine fruchtbringende anderweitige Anlegung solcher Gelder nicht geschehen kann, ist es doch besser, wenn das Kapital bei dem Tilgungsfonde angelegt dem Besitzer Zinsen trägt, als wenn es ganz todt liegen bliebe. Aber eine Placirung solcher Gelder in Staatspapieren ist vom finanziellen Standpunkte niemals ausgesprochen, sondern lediglich den Gerichtsbehörden überlassen worden.

„Endlich ist auch in dem Komité-Berichte zum Beweise der hohen Belastung der Besteuerungs-Objecte von der außerordentlichen Zunahme der Grundsteuer-Rückstände gesprochen worden, welche im Jahre 1859, trotz der mit gleichem Eifer fortgesetzten Eintreibung um 2 Prozent gestiegen seien. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Grundsteuer-Rückstände in diesem Jahre gestiegen sind. Wenn man aber die Skala des letzten Dezenniums betrachtet, so haben sich die Steuer-Rückstände bedeutend vermindert. — Im Jahre 1851 betrugen sie im Bereiche der Monarchie an der Grundsteuer 21.8, im Jahre 1858 bloß 10 und im Jahre 1859 11 Perzent.

„Vom Jahre 1851 bis 1858 sank bei der Gebäudesteuer das Perzent von 17.5 auf 8.5, bei der Erwerbsteuer von 50.8 auf 13.2, bei der Einkommensteuer von 40 auf 13 und bei allen direkten Steuern zusammen von 25.3 auf 10.8.

„Das Jahr 1859 war, wie bekannt, ein unglückliches Kriegsjahr; es waren die Wunden der schwer überstandenen Handelskrise, der außerordentlich gesunkenen Preise, welche abnorme Verhältnisse brachten. Es ist demnach dieses Jahr kein geeignetes Beobachtungsjahr in Bezug auf die Ergebnisse und Wirkungen der Steuermaßregeln.

„Es wird ferner die Bemerkung gemacht, daß in neuester Zeit die Landes- und Grundentlastungszuschläge ganz ungerechtfertigter Weise auch auf den Kriegszuschlag umgelegt wurden. Ich muß hier nur die Bemerkung wiederholen, die ich bereits im Komité vorgebracht habe. Es ist richtig, daß die Landes- und Grundentlastungserfordernisse auch auf die Kriegssteuerzuschläge und auf die durch die Kriegszuschläge erhöhten Steuern umgelegt worden. Diese Umlegung hat jedoch keineswegs die Wirkung geübt, daß ein höherer Betrag an diesen Landeszuschlägen eingehoben wurde, sondern es fand nur die Anwendung eines anderen Schlüssels statt. Es ist nämlich ein geringeres Prozent berechnet worden, während, wenn diese Zuschläge nicht auf die durch den Kriegszuschlag erhöhte Steuer umgelegt worden wären, ein höheres Prozent entfallen wäre. So z. B. ist in Nieder-Oesterreich das Grundentlastungs- und Landeserforderniß zu der durch den Kriegszuschlag erhöhten Steuer mit 15 Prozent entfallen. Wären Landeszuschläge von der ordentlichen Steuer ohne Einbeziehung des Kriegszuschlages berechnet worden, so wären 17 Prozent entfallen. Das Produkt ist immer dasselbe, denn das Landes- und Grundentlastungs-Erforderniß regelt sich nach den erhobenen wirklichen Bedürfnissen dieser Zweige, nämlich nach den Erfordernissen des Landes und der Grundentlastung.

„Die hierbei festgestellte fixe Größe bildet sofort allein den Gegenstand der Umlage und wird nicht alterirt durch das Umlagsprozent und bleibt immer die gleiche, sie mag auf die Steuer ohne oder mit Kriegszuschlag umgelegt werden.

„Im ersten Falle ist das Prozent größer, im zweiten kleiner, in beiden aber das Produkt dasselbe.

„Allerdings obwaltet hiebei eine Ungleichmäßigkeit deshalb, weil das Prozent des Kriegszuschlages bei den einzelnen Steuergattungen nicht gleich ist und diese vom Kriegszuschlage nicht im gleichen Maße betroffen werden. Es stellt sich aber nicht das im Komité-Berichte angedeutete Facit heraus, daß die Grundsteuerpflichtigen diesfalls mehr als andere Steuerpflichtige in's Mitleid gezogen werden. Vielmehr ergibt sich das Gegentheil, und es stellt sich z. B. nach einer für Böhmen angestellten genauen Berechnung heraus, daß die Grundsteuerpflichtigen als mit dem geringeren Kriegszuschlage belegt gegenwärtig an Landeszuschlägen 29.959 fl. weniger zahlen, als sie dann zahlen würden, wenn nach dem Antrage des Komité-Berichtes die Landeszuschläge auf die ordentliche Steuer, ohne Einbeziehung des Kriegszuschlages umgelegt worden wären.

„Nur in denjenigen Ländern, wo die Personal-Erwerbsteuer besteht, zu welcher kein Kriegszuschlag eingehoben wird, tritt die gegentheilige Wirkung ein, wie sich aus einer mir vorliegenden Berechnung für das Kaschauer Verwaltungsgebiet zeigt.

„Ich erkenne es übrigens als richtiger und gerechter an, nicht in Pausch und Bogen die Höhe der ganzen Steuersumme der Berechnung des Prozentes für die Landeszuschläge zu Grunde zu legen, sondern diese so eintreten zu lassen, daß die Landeszuschläge nur auf die ordentliche Steuer ohne Einbeziehung des Kriegszuschlages umgelegt werden.

„Ich wollte aber nur zur Beruhigung bemerken, daß eine höhere Gesammtleistung durch die Art der für das Jahr 1860 geschehenen Umlage nicht eingetreten ist.

„Ein noch wichtigerer Punkt ist jener am Schlusse des Komité-Berichtes, wo es heißt:

„Der hohe Reichsrath möge bei der hohen Regierung nachträglichst befürworten, daß

„1. bei der bevorstehenden Reform der direkten Besteuerung die Unwandelbarkeit der auf sicheren Grundlagen zu ermittelnden eigentlichen Grundsteuer als Regel festgehalten werde, wornach Steuererhöhungen immer nur die nach dem Reinertrage sich richtende Einkommensteuer von der Grundrente treffen können, dann daß

„2. Steuerzuschläge in Zukunft nicht nach der Gesammtbesteuerung (21⅓%) des Grundbesitzes, sondern nach der denselben treffenden Einkommensteuer (5⅓%) umgelegt werden möge.

„Ich erlaube mir dagegen die Bemerkung zu machen, daß nach der bisherigen Steuergesetzgebung, nämlich nach den Patenten von den Jahren 1817 und 1849 die Grundsteuer auf den Reinertrag von Grund und Boden ohne Rücksicht auf die übrigen öffentlichen und auf die Privatlasten umgelegt wurde und daß sie eine nach dem Staatsbedürfnisse veränderliche Steuer war, zu welcher später in Form des ⅓ Zuschlages noch die Einkommensteuer von dem in Grund und Boden angelegten Kapitale hinzugetreten ist.

„Der Antrag des Komité's bezielt die Umwandlung der Grundsteuer in eine fixe Abgabe, in eine Art von Landtaxe, in eine Grundlast, und benimmt dadurch der nach der Höhe des Grundertrages und der Staatsbedürfnisse zu bemessenden Staatssteuer ihre Veränderlichkeit und will neben dieser Grundlast auch noch eine Einkommensteuer von der Grundrente einführen.

„Dieser Antrag enthält so wesentliche und wichtige Veränderungen in den Grundprincipien und in dem bisherigen Systeme der Steuergesetzgebung und so maßgebende Vorausbestimmungen für eine künftige Steuerreform, daß ich die Meinung aussprechen muß: diese Frage dürfte hier wegen des Mangels der erforderlichen Vorarbeit und Vorbereitung nicht am Platze sein. — Ich verkenne nicht, daß die Andeutungen des Komité's ein sehr schätzbares Material sind, sie sind aber nicht genug erschöpfend, um eine so wichtige principielle Frage, die in der Wissenschaft und der Praxis manigfaltig erörtert wurde, endgiltig zu lösen. Ich würde mir also erlauben, den hohen Reichsrath aufmerksam zu machen, daß er sich durch die Annahme dieses Antrages in einen definitiven Ausspruch über eine noch nicht reife und ausgetragene Sache einließe, und dadurch auf das Feld der Steuerreform hinaustritt, ohne daß ihm eine Regierungsvorlage zugewiesen ist. — Ich erachte vielmehr, daß der Antrag entsprechender dahin zu fassen wäre: die Regierung sei auf die Andeutungen, die im Komité-Berichte enthalten sind, aufmerksam zu machen, ohne daß eine nachdrückliche Befürwortung einer bei der künftigen Steuerreform einzuschlagenden bestimmten Richtung ausgesprochen werde. — Die künftigen Reform-Vorschläge des Finanzministeriums werden motivirt an den hohen Reichsrath gelangen, einer genauen Prüfung in eigens zu diesem Zwecke niedergesetzten Spezial-Komité's unterzogen und erst nach reiflicher Erörterung der Versammlung zur Begutachtung übergeben werden; dann wird es an der Zeit sein, über die vorliegende Principienfrage abzusprechen."

Fürst Schwarzenberg: „Es ist in dem Berichte ein Gegenstand berührt worden, welchen ich als Anlaß nehme, einige Worte zu sprechen und meine Ansicht der weisen Beurtheilung des hohen Reichsrathes zu unterziehen.

„Es betrifft die Fructificirung der Waisen- und Kirchengelder in Staatspapieren. Ich habe eben gehört, daß die Summen, welche auf diese Weise angelegt werden, nicht so groß seien. Jedoch ist es eine Art diese Barschaften anzulegen, welche den Organen der Staatsverwaltung, denen es obliegt, diese Kapitalien fruchtbringend zu machen, sehr bequem scheint und beinahe zum Usus geworden ist.

„Ich glaube, es hat wohl sein Gutes und ist sehr verlockend, denn die Betreffenden, welche die Kapitale so placiren, sind außer aller Verantwortung und es mögen vielleicht auch noch andere Rücksichten sein, die sie dazu bewegen.

„Ich wurde glauben, daß diese Gelder eine zweckmäßigere und eine den allgemeinen Formen entsprechendere Verwendung fänden, wenn sie dem kleinen Grundbesitzer gegen seine Hypothek gegeben würden. Der kleine Grundbesitzer auf dem flachen Lande hat keine Geldinstitute, bei welchen er Geld findet, wenn er in Verlegenheit kommt. Er ist geneigt sich an Individuen zu wenden, die übrigens (per Parenthesin sei es gesagt) sehr selten sind und bei denen er himmelschreiende Bedingungen eingehen und enorme Perzente zahlen muß, um nur etwas zu erhalten und sich aus momentanen Verlegenheiten zu reißen. Ich sage blos aus momentanen Verlegenheiten, denn solche Bedingungen sind oft der erste Schritt zum Ruin derer, welche denselben zu thun genöthigt sind. Wenn wir uns die Kontribuenten in Gruppen geordnet denken, so wird die Gruppe der kleinen Grundbesitzer wohl diejenige sein, welche der Kopfzahl nach die größte Anzahl von Individuen besitzt. Sie bilden eine Gruppe und eine Quelle, aus welcher große Summen zur Bedeckung der Staatsbedürfnisse in die Staatskasse fließen. Soll diese Quelle noch fürder fließen und will man aus ihr schöpfen, so ist auch Fürsorge zu treffen, daß sie nicht versiege. Ich würde daher die hohe Staatsverwaltung bitten und dringendst anempfehlen, eine Maßregel zu treffen, daß diese Gelder nicht in Statspapieren angelegt, sondern hauptsächlich dem kleineren Grundbesitzer auf seine Hypothek geliehen würden, und daß die Gewohnheit, derlei Gelder in Staatspapieren anzulegen weit in den Hintergrund zurücktreten möge."

Graf Bárkoczy: „Im Allemeinen muß ich erklären, daß ich vollkommen mit dem Wortlaute und Sinne dieses Berichtes über die Grundsteuer einverstanden bin. Ich finde vollkommen begründet die Daten sowohl, als die Ansichten und Maximen, die hier niedergelegt worden sind, und ich glaube kaum, daß es möglich wäre, die Sache besser hinzustellen und zu präcisiren, als es hier geschehen ist. 40% vom Reinertrage, das ist so das gewöhnliche Maß, welches wir zahlen, und in der Gegend, in welcher meine Landsleute begütert sind, im Durchschnitt gezahlt wird. 40% vom Reinertrage, das ist eine Steuer, die so hoch bemessen ist, daß in ganz Europa eine Aehnliche nirgends vorkommt.

„Es ist eine sonderbare Sache, daß die Steuerberechnungen, wie sie in der „Austria" und in einigen anderen Zeitungen enthalten sind, nie nach dem Reinertrage gemacht sind, sondern immer nur nach der Ausdehnung des Bodens, und so kommt heraus, daß in Oesterreich die geringste Steuer existire; nachdem z. B. in Holland 7 Gulden per Joch gezahlt wurden, so falle hier auf das Joch 1 Gulden; und das sei sehr wenig. Ich kann nicht sagen, wie nothwendig es ist, daß alle derlei künstliche Berechnungsarten, die blos auf Schein und Täuschung abzielen, die nirgends so systematisch und weitwendig und nur zum Scheine von der Regierungsseite betrieben worden sind als bei uns, auch nirgends so schädlich wirken als eben bei uns, weil sie eine systemisirte und gestempelte Lüge sind.

„Was das Publikum zahlen muß, muß es besser wissen; es ist eine Thatsache, daß das Publikum außerordentlich hoch besteuert ist, und daß es eine sehr große Grundsteuer, eine ungeheuere Grundsteuer zu zahlen hat, und zwar nicht blos im Verhältnisse zum Boden, sondern im Verhältnisse zum Bodenertrage.—

„Alle Vergleiche mit England, Italien und allen weiter fortgeschrittenen Gegenden Deutschlands sind Vergleiche, die nicht stichhaltig sind, weil sie mit den Verhältnissen der Dinge bei uns im grellsten Widerspruche stehen.

„Wie groß z. B. in Ungarn die Grundsteuer ist, geht aus einer Ziffer hervor, die hier nicht angegeben, die aber doch bekannt ist.

„Die im vorigen Jahre abgelaufenen Steuerrückstände haben 8 Millionen Gulden betragen; das ist bei einer Steuer von 14 Millionen ein unerhörtes Verhältniß, und es ist zu befürchten, daß heuer diese Rückstände nicht kleiner, sondern viel größer seien.

„Derartige Schwierigkeiten bei der Eintreibung von Steuern liefern den besten Beweis, daß das Ausmaß und die Höhe der Grundsteuer eine ungeheure sei. Ich lasse mich nicht weiter ein; ich finde es vollkommen begründet und ganz richtig, wenn das Komité diese traurige Lage als Folge des Grundsatzes dargestellt hat, der seit einer Reihe von Jahren immer nur neue Lasten schafft und doch nicht im Stande war, das Eingehen der Steuer zu erzielen.

„Den Entwurf Sr. Excellenz gegen die bloße Belastung der Einkommensteuer, welche auf die Grundrente entfällt finde ich nicht gerechtfertigt. Jede Besteuerung der Grundrente mag allerdings ihre Schattenseiten haben, aber ich glaube nicht, daß das Komité für alle Fälle und Zeitumstände den Grundsatz ausgesprochen hat, daß die Steuer dieselbe sein soll; ein solcher Grundsatz existirt nicht. Niemand in der Welt kennt diesen Grundsatz. In ganz Europa gibt es keine Grundsteuer, welche seit 50 Jahren immer eine und dieselbe geblieben wäre. Einige Länder sind so glücklich, wie z. B. Würtemberg und Sachsen, wo sie sehr nieder und gering ist und keine Erhöhung vor sich gegangen ist; dort steht sie viel niederer als in Oesterreich. Aber die Auffassung und Fixirung der Grundrente war ganz natürlich. Die Herren des Komité's sind, so wie Alle, die Grund- und Boden besitzen, durch die Erfahrung belehrt worden, daß so außerordentliche Erhöhungen der Steuern nirgends in der Welt in dem Maße wie in Oesterreich eingetreten sind.

„Ich bitte zu bedenken, daß, besonders was Ungarn betrifft — ich spreche hier nicht etwa vom Jahre 1847, somit nicht von einer Periode vor 13 Jahren, nein, ich spreche vom Jahre 1853, also von einer Periode vor erst sieben Jahren — daß die Steuer vierzehnmal höher ist, als im Jahre 1853; das ist in den Steuerverhältnissen noch gar nie vorgekommen. Die große Masse des Publikums ist darüber höchst unzufrieden und kann die Steuer nicht erschwingen, weil die Steigerung zu schnell erfolgt und die Zeit des Anwachsens derselben zu kurz ist.

„In Böhmen, Mähren, Galizien, (wie groß dort auch die Steuer sein mag), ist wenigstens der Vortheil, daß die Steuern nach und nach, allenfalls seit 100 Jahren angewachsen sind und daß in dem Maße, als die Steuern zunehmen, auch alle Verhältnisse sich dieser Zunahme der Steuer angepaßt haben. So ist es mit der Kontribution, so mit den Straßen und nach allen Richtungen hin.

„Es ist eine allmälige Steigerung leichter zu ertragen, als eine Steigerung, die über Nacht kommt. In Betreff meines Vaterlandes ist also die Besteuerung um so drückender, weil sie sehr schnell kam, weil man den Verhältnissen nicht Zeit ließ, sich derselben anzupassen und darnach zu modeln, und weil insbesondere Landwirthschaft und Ackerbau sich nicht so schnell entwickeln konnten.

„Dazu kam noch die plötzliche Abschaffung und Wegfallen der Frohnen, welche eine Vermehrung der Arbeiter unmöglich so schnell eintreten lassen konnte — lauter Momente, warum man in Ungarn jetzt über die Grundsteuer so außerordentlich klagt und sie so sehr fühlt. Ein solches Wachsen der Steuern in 5, 6 bis 8 Jahren ist noch gar nicht in den civilisirten Ländern vorgekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 29 Oktober. Ihre Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben dem katholischen Gesellenvereine in Wien einen Unterstützungsbeitrag von 100 fl. gnädigst bewilligt.

Ihre kaiserl. Hoheiten der Herr Erzherzog Franz Carl und die Frau Erzherzogin Sophie werden nächsten Donnerstag von Ischl hier eintreffen.

Die Abreise Sr. kais. Hoh. des Herrn Erzherzogs Wilhelm nach Verona ist vorläufig auf den 4. November festgesetzt.

Der k. k. Gesandte am englischen Hofe, Hr. Graf von Apponyi, ist gestern von Ungarn angekommen.

Eine Adresse an den abtretenden Minister Grafen Thun wurde nach dem Vorgange in Wien auch von mehreren Professoren der Prager Universität in Anregung gebracht.

Dem Innsbrucker Magistrate ist nachstehender höchster Erlaß zugekommen: „An den Magistrat der Landeshauptstadt Innsburg. Es war Mir ein großes Vergnügen, gestern persönlich Zeuge gewesen zu sein von den Kundgebungen der innigen Freude und Dankbarkeit, welche die Bewohner Innsbruck gleich allen Unterthanen des weiten Kaiserreiches empfinden über die von Sr. Maj. dem Kaiser unserem gemeinsamen Vaterlande verliehenen Allerhöchsten Gnadenakte, welche Zeugerß geben von den wohlwollendsten Absichten Allerhöchstdesselben für das Gedeihen seiner Völker. Ich spreche für diesen wiederholten Ausdruck der Gefühle, der Treue und Anhänglichkeit der Stadt Innsbruck an unsern Kaiser sowie an unser Haus Meine volle Anerkennung aus und werde dieselben unmittelbar zur Kenntniß Sr. Maj. bringen. Innsbruck, den 25. Okt. 1860. Erzherzog Karl."

Die „Bresl. Ztg." ist in die Lage gesetzt, die Abschiedsworte mitzutheilen, welche der scheidende Justizminister Graf Nadásdy an seine früheren Untergebenen richtete. Sie lauten: „Ich finde kaum Worte, um wahrheitsgetreu zu schildern, wie schwer es mir fällt, das ämtliche Band, welches uns vereinigte, zu lösen und mich von Ihnen zu trennen. Ich war gesonnen, schriftlich Abschied zu nehmen; erwägend jedoch, daß mündliche Ansprache viel wärmer als ein Blatt Papier meine Gefühle ausdrücken kann, entschloß ich mich, Sie, meine geehrten Herren, noch einmal um mich zu versammeln, damit ich Ihnen den innigsten Dank zollen könne für Ihre freundschaftliche Anhänglichkeit und unverdrossene Willfährigkeit, womit die Herren Sections-Chefs, sowie auch die Herren Ministerialräthe und das übrige Personale mich in meinem schwierigen Berufe thatkräftig unterstützten. Nur Ihrer gründlichen Sachkenntniß und unermüdetem Eifer schreibe ich es zu, wenn ich als Justizminister Ersprießliches leistete, wenn ich, den allerhöchsten Erwartungen entsprechend, Oesterreichs Rechtspflege beförderte, wenn ich nicht ohne Befriedigung auf den letzten Abschnitt meiner Dienstes-Laufbahn zurückblicke. Nehmen Sie dafür die Versicherung meines unauslöschlichen Dankes gütig auf und erhalten Sie mich in Ihrem freundlichen Angedenken."

Nach dem „Pesti Hirnök" wird Se. Exc. der FZM. Ritter v. Benedek noch kurze Zeit in Ofen verweilen.

Nach der „Pr." hat FZM. Benedek das ihm zum Abschiede angetragene Bürgerdiplom der Schwesterstädte mit den Worten zurückgewiesen: man solle erst dafür Sorge tragen, daß es eine Ehre sei, zu der Bürgerschaft von Pest-Ofen zu gehören.

In der ungarischen Presse beginnt sich in Folge der neuesten Ereignisse ein ebenso reger als praktischer Sinn in erfreulicher Weise kundzugeben. „P. Naplo" und „P. Hirnök" enthalten heute Leitartikel, die mit Rücksicht auf die Beziehungen dieser Blätter sehr beachtenswerth und beruhigend sind. Die erstere weist auf die hohe Bedeutung der Graner Konferenz und für die Zukunft Ungarns hin. Die einstigen alten Parteien existiren sammt ihren einstigen Schlagwörtern, Fahnen und ihrer Organisation nicht mehr, und zu dem, was aus der Vergangenheit geblieben, ist ein neues Geschlecht mit großen Berechtigungen getreten. Was also in Gran zu Stande kommt, könne daher nur dann zum Heile des Landes gedeihen, wenn die hiebei thätigen Faktoren der Ausfluß der gesammten öffentlichen Meinung sind. Wie demnach zu hoffen, daß bei der Wahl der Einzuberufenden Parteinamen nicht berücksichtigt werden, so sei es andererseits Pflicht eines Jeden, der nach Gran berufen wird, sich dorthin zu begeben. So weit „Naplo". Dagegen erklärt „P. H.", bereits berichten zu können, daß die tüchtigsten Männer ohne Rücksicht auf die einstige Parteifärbung bereit sind, sich an der Administration der Komitate zu betheiligen, und daß nach Gran sämmtliche wahre Patrioten berufen sein werden. „P. H." gibt zu verstehen, daß Niemand gesonnen sei, Fragen, die für Ungarn hochwichtig, aber gegenwärtig noch nicht im Sinne der alten Konstitution gelöst sind, engherzig aufzufassen.

Wie der „B. P. H." aus sicherer Quelle erfährt, sind die Verhandlungen wegen der Einberufung der Graner Konferenz und des Zeitpunktes ihrer Abhaltung schon im Zuge. Ebenso bestimmt, sagt genanntes Blatt, können wir melden, daß Se. Exzellenz der ungarische Hofkanzler Baron Nikolaus Vay seine Funktionen bereits begonnen hat und daß bis zur Al-

lerhöchsten Rückkunft Sr. Maj. des Kaisers aus Warschau, die vollständige Namensliste der Obergespäne bereits zusammengestellt sein wird, damit nach erfolgter Ernennung derselben das verfassungsmäßige Provisorium, nämlich die Wirksamkeit der betreffenden Komitatsausschüsse sofort in's Leben treten könne.

Vorgestern und gestern fanden die Berathungen des Lehrkörpers der Pester Universität über die Unterrichtssprache im Allgemeinen und über den Modus statt, unter welchem die Vorlesungen an der Hochschule möglichst bald eröffnet werden können. Der akademische Senat erklärte sich nun vorgestern für die allgemeine Einführung der ungarischen Sprache, beschloß aber zugleich, die einzelnen Fakultäten sollen am folgenden Tag die betreffenden Berathungen pflegen, damit er am nächsten Montag sie zum Ausgangspunkte seines Beschlusses nehmen könne. Das Resultat der gestrigen Fakultätsberathungen ist nun, wie wir hören, Folgendes: Die philosophische Fakultät erkannte die ausschließliche Einführung der ungarischen Sprache als thunlich, vorausgesetzt, daß über 4 ihrer Mitglieder, welche dieser Sprache nicht mächtig sind, höheren Orts die entsprechenden Bestimmungen getroffen würden — sie bezeichnete zugleich jene Männer, welche sie zum Ersatze dieser Lehrkräfte am geeignetsten hält; die medizinische Fakultät faßte einen analogen Beschluß und da bei ihr nur ein Mitglied der Landessprache nicht mächtig ist, so übertrug sie die Vorträge über diesen Gegenstand einem andern Professor, während der deutsche Professor den ärztlichen Studierenden lateinisch, den Pharmazeuten deutsch vortragen soll; die juridische Fakultät bestimmte gleichfalls die ungarische zur Unterrichtssprache, ohne sich jedoch, wie eine Mittheilung in „Hirnök" lautet, für berufen zu halten, die deutschen Professoren ihrer Stellen zu berauben, noch sie ihrer Pflichten zu entheben. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß künftighin über ungarisches öffentliches Recht Vorträge gehalten werden sollen.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 21. September d. J. der k. k. Landwirthschafts-Gesellschaft in Temesvár die Errichtung von Filialen allergnädigst zu bewilligen geruht.

Dem „Nürnb. Anzeiger" ist der Postdebit in Oesterreich entzogen worden.

Frankreich.

Paris, 26. Oct. Der Hr. v. Hübner, wie dem Reuter'schen Bureau telegraphirt wird, ist vom Kaiser Napoleon in besonderer Audienz empfangen worden, wird sich morgen auf zwei Tage nach Chantilly zu Lord Cowley begeben. — Die Rüstungen werden hier mit Eifer betrieben. Im Süden hat Frankreich bedeutende Magazine mit Kriegs-Material angelegt. Es sollen zwei Militär-Divisionen auf den Kriegsfuß gesetzt werden. — Aus Gaeta ist heute eine sehr wichtige Depesche angekommen. — Herr v. Montessuy, der seit vier Monaten von seinem Gesandtschaftsposten in Belgien entfernt war, kehrt nun dahin zurück. — Es bestätigt sich vollkommen, daß für jedes Regiment ein viertes, sogenanntes Reserve-Bataillon gebildet werden soll. Diese Maßregel, welche in dem kürzlich in St. Cloud Statt gefundenen Ministerrathe beschlossen wurde, soll dieser Tage im Moniteur de l'Armée officiell bekannt gemacht werden.

Ueber das sogenannte National-Schießen in Vincennes berichtet eine Correspondenz der „Eidg. Ztg." vom 21. d. Folgendes: „Heute ging das Schießen von Vincennes zu Ende. Ich war dort. Es waren etwa 15 Schützen und 25 Zuschauer da. Das geringste, ich will nicht sagen eidgenössische, sondern cantonale Schießen in der Schweiz bietet viel mehr Leben und Interesse dar.

Spanien.

Aus Madrid, 26. Oct., wird telegraphirt: „In der gestrigen Cortes-Sitzung haben mehrere Mitglieder der Opposition Interpellationen des Ministeriums angekündigt in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten. Die Regierung erklärte sich zur Antwort bereit. Der spanische Gesandte in Turin hat Befehl erhalten, abzureisen, indem Spanien gegen die piemontesische Invasion protestirt hat. Ein Geschäftsführer bleibt zurück, um die spanischen Interessen in Sardinien wahrzunehmen."

Großbritannien.

London, 26. Oct. Lord Palmerston traf vorgestern Abends in Leeds ein. Nach allem, was bis jetzt verlautet, wird dieser Ausflug nach Yorkshire nichts weniger als eine Erholungsreise für den viel geplagten Premier sein. Die guten Yorkshiremen legten ihre Begeisterung für den Minister bei dessen Aussteigen am Bahnhofe in etwas zudringlicher Weise an den Tag, indem sie ihm den Weg verlegten und durchaus eine Rede von ihm verlangten. Letzterem Wunsche willfahrte der bedrängte Lord denn auch, indem er an die versammelten Volksmenge folgende Ansprache hielt:

Meine Herren! Es gibt einen ganz hübschen alten Spruch, der lautet:

Dem Gast beim Kommen Gruß, doch wenn er scheidet,
So sorgt dafür, daß er vom Flecke komme.

Wir sind Ihnen sehr verbunden für die freundliche Art und Weise, in der Sie uns bewillkommt haben; ab:r jetzt machen Sie uns gefälligst Platz und erlauben uns, das wir unserer Wege gehen.

Diese kurze und bündige Rede ward mit großem Beifall und großer Heiterkeit aufgenommen. Lord Palmerston und Gemahlin stiegen hierauf in einen Wagen und fuhren nach Kirkstael Grange, dem Landsitze des Herrn W. Beckett, dessen Gäste sie während ihres Aufenthalts in Leeds sind. Lord Palmerston ist ein geplagter Mann, und die Arbeit wächst ihm bei über den Kopf. Er hatte die Einladung nach Leeds ursprünglich nur angenommen, um der Jahresfeier des dortigen Handwerker-Vereins beizuwohnen, welche gestern Abends Statt gefunden haben wird. Gestern Vormittags empfing er eine Deputation von Mitgliedern verschiedener Handelskammern des West-Bezirks von Yorkshire, die ihm ihre Ansichten über die in der letzten Session von der Regierung eingebrachte und wegen Zeitmangels zurückgelegte Konkurs-Bill auseinandersetzte; heute nimmt er eine Adresse des Bürgermeisters und Gemeinderathes von Leeds entgegen und führt am Abend den Vorsitz bei einer Versammlung des Vereins für Armenschulen. Morgen verlegt er sein Hauptquartier nach Frystone Hall, dem Landgute seines Freundes Monckton Milnes, und begibt sich von da nach Pontefract, die dortige neue Markthalle zu eröffnen. Das alles sind keine geringen Strapazen für einen Mann von 77 Jahren und wer weiß, was ihm noch alles bei seiner weiteren Rundreise durch den Norden Englands bevorsteht!

Ein irisches Blatt „The Dublin Freeman" erzählt seinen Lesern, die englische Regierung sei gesonnen, die verlassenen Reste der irischen Brigade auf ihre Kosten aus Italien nach ihrer Heimath zu befördern.

Ein anderes irisches Blatt, der „Cork Herald" will aus bester Quelle erfahren haben, daß die Regierung gleich beim Beginne der nächsten Parlamentssession darauf antragen wird, den Posten eines irischen Vicekönigs abzuschaffen. Diese Mittheilung mag etwas Wahres an sich haben; sie taucht übrigens seit mehreren Jahren regelmäßig vor Weihnachten auf.

Italien.

Wie man der „Köln. Ztg." aus Turin schreibt, verlangt Oesterreich (Herr Brassier St. Simon hat sich zum Dolmetscher dieses Begehrens gemacht) eine Entschädigung von 400.000 Franken für die bei Borgoforte errichteten Festungswerke, welche die sardinische Regierung zur Zeit, als sie dieselben noch in ihrer Hand hatte, niederreißen ließ. Herr v. Cavour hat das Begehren zurückgewiesen.

Bereits hat auch die Turiner Regierung die Einverleibung der süditalienischen Armee und Flotte verfügt. Zunächst will Victor Emanuel eine neue Aushebung in ganz Italien von 160,000 Mann anordnen. Sodann wird man aus den alten Regimentern die zur Bildung der neuen Regimenter, deren Zahl noch unbestimmt ist, nöthigen Kadres ausziehen, und die Süditaliener in alle Regimenter vertheilen. Was endlich die Flotte anbelangt, so fehlt es für dieselbe bekanntlich an Seeleuten. Da nun Piemont dessen nicht entbehren kann, so hilft — wie schon so oft — Louis Napoleon auch in diesem Falle. Nach der Pariser Korrespondenz der „Etoile Belge" wird nämlich die Anwerbung französischer Seeleute für die piemontesische Flotte unter der Leitung der französischen Regierung nach dem umfassendsten Maßstab betrieben. Die Seeleute erhalten ein Handgeld von 80 Franken, und eine Monatsgage von 30 während der Dauer der Dienstzeit. Dem belgischen Blatt zufolge soll die Zahl der Anwerbungen auf 6000 normirt sein.

Zu dem Patrimonium, welches dem Papst vorläufig erhalten werden soll, gehört auch die Delegation Rieti; diese östliche Grenzprovinz gegen das Neapolitanische ist auch für die inländischen Beziehungen Roms und dessen verkehrliches Bestehen ganz unentbehrlich. Aber da die piemontesischen Generale behaupten, die Provinz sei Anfangs- und Endepunkt aller strategischen Operationen über die Grenze hinaus in's Neapolitanische, so ist sie ihnen von unsern Beschützern zugesprochen worden und sie halten dieselbe bis an die Tiber besetzt.

Der Bischof von La-Rochelle in Frankreich, Msgr. Landroit, ist in Rom angekommen. Dieser Prälat ist bekanntlich in Paris gut angeschrieben. Man bezeichnet ihn als den Erzieher des kaiserlichen Prinzen. Er hat vor seiner Abreise den Kaiser Napoleon gesprochen und in der Audienz im Vatican erklärte Msgr. Landriot, „der Kaiser habe ihn beauftragt, dem heiligen Vater das Bedauern über den Argwohn, den seine (des Kaisers) Politik bei dem römischen Hofe erwecke, auszudrücken und ihm die Versicherung seiner unbedingten Ergebenheit zu erneuern." Pius IX. antwortete: „Wenn Sie mir diese Worte nur historisch berichten, habe ich nichts zu sagen; wenn Sie sich aber die Aufgabe gestellt haben, dieselben zu unterstützen, so beklage und tadele ich Sie, denn Sie haben sich zum Ueberbringer einer Lüge gemacht."

Bezüglich der französischen Garnison legt man dem Papste ein bitters Wort in den Mund. Als nämlich kürzlich eine nordische Prinzessin in einer Audienz beim heiligen Vater demselben Glück dazu wünschte, daß 25.000 Franzosen seinen Thron umgeben, soll Pius IX. erwidert haben: „Das ist zu wenig, um meine verlorenen Staaten wieder zu erobern, und zu viel, um meine Unabhängigkeit zu bewahren."

Mehrere päpstliche Offiziere und Soldaten fordern Urlaub, um nach Gaëta zu gehen und dort einige Zeit unter Franz II. zu dienen. (Hiemit übereinstimmend wird der Korresp. Bullier geschrieben: In Gaëta ist eine ziemliche Anzahl französischer Freiwilliger eingetroffen. Viele von ihnen standen vorher in päpstlichen Diensten. General La Moriciere wäre, wie man wissen will, selber im Laufe dieser Woche in Gaëta gewesen. Man glaubt jedoch nicht, daß er den Oberbefehl zu übernehmen Lust habe.)

Die päpstlichen Truppen in piemontesischer Kriegsgefangenschaft wurden von den nach Livorno und Genua geschickten Offizieren in einem wahrhaft kläglichen Zustande angetroffen. Die Piemontesen hatten im buchstäblichen Sinn die Unglücklichen ausgeplündert und ließen sie dann in Hunger und Unreinlichkeit verkommen. Die römische Regierung bereitet über diese unerhörten Vorgänge eine aktenmäßige Darstellung vor.

Das „Giornale di Roma" vom 24. Oct. meldet, das päpstliche Wappen sei in Montefiascone, Aquapendente und Ponzano von der Bevölkerung selber wieder aufgerichtet worden.

Zu Neapel ist am 18. d. folgender Erlaß Garibaldi's erschienen: „Um einen der Nation unbestritten theuren Wunsch zu erfüllen, bestimme ich, daß die beiden Sicilien, welche dem italienischen Blute ihre Erlösung verdanken und mich zum Dictator erwählt haben, einen integrirenden Theil des einen und untheilbaren Italiens, mit seinem constitutionellen König Victor Emanuel und dessen Nachkommen an der Spitze, bilden sollen. Bei der Ankunft des Königs werde ich in dessen Hände die mir von der Nation übertragene Dictatur übergeben. Die Prodictatoren sind mit der Vollziehung dieses Erlasses beauftragt. San Angelo, 15. October 1860. Garibaldi. Die amtliche Zeitung, Organ der Prodictatur und des Ministeriums, bemerkt zu diesem, Angesichts der allgemeinen Abstimmung seltsamen Erlasse: „Dieser Erlaß ändert die Sachlage in keiner Weise, da die Abstimmung nach dem Willen des Dictators am 21. October unwiderruflich stattfindet, und Alles glauben läßt, daß die italienische Einigung mit unermeßlicher Mehrheit beschlossen werden wird. Der Dictator hat mit dem vorliegenden Erlasse nur Das ausgesprochen, was er früher schon in vielen anderen Erlassen kundgegeben, die beständig mit den Worten: „„Victor Emanuel, König von Italien"", anfingen. Der Dictator hat mit jenen Worten nur seine eigene Abstimmung und den Gedanken seines ganzen Lebens bekunden wollen." Das ist interessant, denn anfänglich wollte der Prodictator den Erlaß nicht publiciren lassen, weil er die Abstimmung über die Annexion unnöthig machte und so aussah, als sei das Königreich beider Sicilien ein Geschenk, das Herr Garibaldi Herrn Victor Emanuel aus freien Stücken machte.

Aus Caserta vom 23. October wird geschrieben: Der große Bürger Garibaldi ist müde und träumt von nichts als von seiner Insel, wohin er zurückkehren wird, sobald er dem Könige seine Macht übergeben (?).

Vermischtes.

** Zum Gedächtniß der Berliner Universitäts-Festfeier hat der Modeleur und Ciseleur Ludwig Buro ein Reliefwerk in der symbolischen Form eines Schildes angefertigt: Scutum memoriae Universitatis literarum Berolinensis antehoc quinquaginta annos etc. conditae sacrum, wie die Umschrift lautet. In der Mitte ist das Universitätsgebäude abgebildet mit den Porträtköpfen der Könige Friedrich Wilhelm III. und IV. und des Prinz-Regenten. Um diese Mitte schlingt sich ein Kranz von 16 Bildnissen berühmter lebender und verstorbener Lehrer des Instituts, nach den Fakultäten geordnet, mit Einschluß der gegenwärtigen Dekane. In dem darauf folgengen Kriegsfelde sind die Porträts von Stein, Hardenberg, Wilh. v. Humboldt und Boeckh angebracht und zwischen ihnen die Namen sämmtlicher ordentlicher Professoren, die von Beginn bis heute an der Universität wirkten. Den Rand des Schildes endlich bildet eine allegorische Darstellung der vier Fakultäten in Verbindung mit den Emblemen des Studententhums.

** Der „Posener Ztg." zufolge hat der Posener Kaufmann, Herr Berger, der Stadt Posen zum Bau eines Gebäudes für die dortige Realschule, welche gegenwärtig in beschränktem Locale sich befindet, die Summe von 50.000 Thalern geschenkt.

** Mommsen's römische Geschichte ist jetzt in London (bei Bentley) vollständig ins Englische üebersetzt erschienen. Uebersetzer ist E. S. Daviens. Prof. Schmitz hat dazu eine Einleitung geschrieben.

** [Heine's nachgelassene Werke]. Eine Amsterdamer Buchhandlung, Gebrüder Binger, zeigt das demnächstige Erscheinen von nachgelassenen Werken H. Heine's an, und zwar: „Berlin, ein Herbstmärchen in 27 Episteln," „Dichtungen" 2 Bände, „Briefe" und „Fata-Morgana der deutschen Literatur." Man wird sich erinnern, daß Hoffmann und Campe seinerzeit den ganzen Nachlaß gegen eine Leibrente der Witwe abkauften und es ist daher zu vermuthen, daß obige Werke, wenigstens die zwei ersten, Sachen enthalten, welche Heine selbst nicht mit in seine Werke aufgenommen wünschte. „Berlin" scheint eine Reihe von Feuilleton-Artikeln zu sein, welche er während seines dortigen Aufenthaltes schrieb.

** Unter den künstlerischen Celebritäten, welche in der nächsten Zeit nach Warschau kommen werden, wird auch Bogumil Dawison genannt.

** Der Redacteur des Nürnberger Kurier, F. Schultheis, veröffentlicht in einer so eben erschienenen Broschüre: „Johann Philipp Palm, Buchhändler in Nürnberg, erschossen auf Napoleon's Befehl zu Braunau am 26. August 1806" — den Hergang des Processes und Mordes an diesem deutschen Märtyrer unter Mittheilung von bis jetzt unbekannten Actenstücken, welche Aufschluß geben über den Verleger und den Verfasser der Broschüre: „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung".

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 29. October.

[Eingesendet.]

Jaroslau. Durch den San wurde die Communication mit dem rechten Ufer des Flußes bei Zunahme des Flußwassers durch langen Regen, einen Sturm, bei einer Ueberschwemmung oder einem Eisstoße oft wochenlang unterbrochen. Diesem großen Uebel und den allgemeinen Klagen ist durch die gnädige Fürsorge Seiner Excellenz des Ministers des Innern, Herrn Grafen Agenor von Gołuchowski, der sich schon so viele unvergeßliche Verdienste um das Land und den Staat erworben hatte, auf einmal abgeholfen. — Noch als Statthalter hatte Se. Excellenz unermüdet dafür gesorgt, daß von Jaroslau aus über Bels nach der Grenze des Königreichs Polen eine gute fahrbare Straße ausgebaut und beschottert werde, welche in ihrem gegenwärtigen Stande keiner andern nachsteht. Kaum war aber diese ihrer Beendigung nahe, als schon der Bau einer Brücke über den breiten San von Seiner Excellenz in Vorschlag gebracht wurde. Jedermann sah der Vollführung dieses schönen Planes mit desto größerer Sehnsucht entgegen, weil die Verluste an Waaren, Vieh und Menschenleben alljährlich namhaft waren. Da außer dem Landesfonde auch die Stadt Jaroslau mit der israelitischen Gemeinde, dann der edle Herr Graf von Badeni, wie nicht minder die Verwaltungen der fürstlich Czartoryski'schen Güter mit namhaften Beträgen die Sache unterstützten, wurde die Realisirung des Baues von Seite des Przemysler Kreisvorstehers, Herrn Hofrath Heinrich Saar, mit Energie ergriffen und durch seine persönliche Vermittelung Herr Eduard Klein (Eisenbahnunternehmer) bewogen, den Bau der Sanbrücke zu übernehmen. — Wer anders als Herr Eduard Klein, dem alle erforderlichen Kräfte an Material, Werkzeugen und Arbeitsleuten so nahe zu Gebote standen, hätte so uneigennützig den Bau übernommen! Der Plan zu der Brücke war bereits von dem Przemysler Kreis-Ingenieur, Herrn Franz Kowacz, vortrefflich ausgearbeitet und von der k. k. Oberbau-Direction in Lemberg unverändert beibehalten und bestätigt. Mit Anfang Juni wurde mit dem Bau begonnen und seit 15. Oktober steht die majestätische Brücke für leichtes und schweres Fuhrwerk fertig, und verdient hier bemerkt zu werden, daß Herr Klein, daß Herr Hofrath Heinrich v. Saar sich wiederholt von dem Fortschritte des Baues überzeugte und der Herr Kreis-Ingenieur wöchentlich den Bau inspizirte, und diesen vereinten Bemühungen konnte es gelingen, daß die Brücke in so kurzer Zeit fertig wurde. — Die Brücke zählt eilf Wasser- und zwei Landjoche und mißt im Ganzen 95 Wiener Klafter Länge. Verbunden durch diese Brücke ist die neu angelegte Strasse, welche an dem nahe am Flusse gelegenen Hügel, wo einst das Schloß der ehemaligen Jaroslauer Herren stand, vorbeigeht.

Am 17. dieses Monats Vormittags wurde diese Brücke zwar mit weniger Pomp aber mit desto heißerem Dankgebet für Se. k. k. Apostolische Majestät, Seine Excellenz den Herrn Minister Grafen Agenor von Gołuchowski, den Herrn Hofrath Heinrich von Saar, den Bauunternehmer Herrn Eduard Klein und alle Antheilnehmer von dem hochwürdigen Herrn Anton Żelazny, Ehrendomherrn, Dechant und Jaroslauer Probsten mit Zuziechung des hochwürdigen Herrn Theodor Lewicki, griechisch-kath. Pfarrer und Dechants unter Assistenz der lateinischen Pfarr-Vikare in Gegenwart des k. k. Jaroslauer Bezirksvorstehers Herrn Wilhelm Friedberg, des Herrn Bauunternehmers Eduard Klein, des Jaroslauer Bürgermeisters Herrn Adolf Weiss und anderer Herren feierlich eingeweiht und sogleich nach der Weihe die Fahrt eröffnet. Mitten auf der Brücke wurde unter Pöllerschüssen ein „Lebehoch!" auf das Wohlsein Sr. k. k. Apostolischen Majestät Franz Joseph I. und der übrigen hohen Gönner ausgebracht. Welche Wohlthat der Bevölkerung durch den Bau dieser Brücke erwiesen worden, ließ sich daraus entnehmen, daß Landleute jung und alt, Mann und Weib mit Thränen in den Augen und mit gegen den Himmel aufgehobenen und ausgebreiteten Armen über die lange Brücke dahinfuhren.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Wien, 29. October. National-Anlehen zu 5% 87.50 Geld, 76.— Waare — Neues Anlehen 88.— G. 89.— W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 66.— G. 66.50 G. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 748.— G. 749.— W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 169.— G. 169.10 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. CM. 1833.— G. 1835.— W. — der Galiz.-Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. CM. m. 120 (60%) Einz. 149 50 G. 150.— W. — Wechsel (3 Monate) auf: Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 113.25 G. 113.50 W. — London, für 10 Pfd. Sterling 132.40 G. 132.50 W. — K. Münzdukaten 6.33 G. 6.35 W. — Kronen 18.30 G. 18 33 W. — Napoleond'ors 10.60 G. 10.62 W. — Russ. Imperiale 10.90 G. 10.91 W.

Krakauer Cours am 29. October. Silber-Rubel Agio fl. poln. 110 verl., fl. poln. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 344 verlangt, 338 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 75 verlangt, 74 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 134 verlangt, 132 bezahlt. — Russische Imperials fl. 10.90 verl., 10.70 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 10.70 verlangt, 10.50 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.26 verl., 6.16 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 6.36 verl., 6.26 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100½ verl., 99½ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons fl. österr. Währung 86³/ verl., 85¾ bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen österr. Währung 70 verlangt, 68½ bez. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 75 verlangt, 74 bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons mit der Einzahlung 60%, fl. österr. Währ. 153 verl., 150 bez.

Neueste Nachrichten.

Nach Erklärung des „Staats-Anzeigers für Württemberg" entbehrt das Gerücht von einem Schreiben, worin der König von Württemberg dem Kaiser der Franzosen unter Anrufung der gemeinsamen Familien-Beziehungen „„beschworen hätte, den betretenen Weg zu verlassen"", jedes Grundes.

„La Presse" veröffentlicht ein Schreiben des ehemaligen ungarischen Ministers Szemere, welches sich zu Gunsten der Ungarn ertheilten Verfassung ausspricht. Ungarn habe das Recht, befriedigt zu sein.

Aus Italien liegen folgende Nachrichten vor:

Am 26. d. M. hat zwischen Teano und Sessa ein Gefecht der Piemontesen mit den neapolitanischen Truppen stattgefunden. Die Neapolitaner haben sich mit Zurücklassung einer ansehnlichen Anzahl Gefangener über Sessa an den Garigliano zurückgezogen. (Wahrscheinlich galt es nur diese lang beschlossene Concentrirung.) Die neapolitanischen Truppen, schreibt die „Perseveranza," stehen deßhalb von ihrer Offensive nicht ab und man weiß gewiß, daß dem Einzuge Victor Emanuels in Neapel neue und blutige Kämpfe vorhergehen werden. Unterdessen durchstreifen starke Massen bewaffneter Bauern die Provinzen Terra di Lavoro und Molise, den Piemontesen großen Schaden zufügend. Della Rocca wird nach erfolgter vollständiger Vereinigung der Piemontesen und Garibaldianer den äußersten linken Flügel an der Mündung des Volturno kommandiren, das Centrum längs der Hauptstraße zwischen dem Volturno und Garigliano bis zur Höhe S. Germano wird von den Truppen Cialdini's und Garibaldi's besetzt, die Hand reichend der Division, welche den rechten Flügel, gestützt auf Fondi, einnimmt. Die Flotte wird zwischen der Mündung des Volturno und Lago di Fondi manövriren.

In Genua wird am 28. Oct. eine neue Dampffregatte „Duca di Genova" vom Stapel gelassen. Wahrscheinlich kommen zu dieser Feierlichkeit königliche Prinzen. Marschall Ricci ist nach Neapel abgegangen. Der Vice-Admiral Mundy erhielt Befehl, dem König Franz II. ein englisches Linienschiff zur Verfügung zu stellen.

Aus Rom 24. Oct. meldet man der „Ind. belge": Zwei päpstliche Beamte, von Herrn de Corcelles und dem Fürsten von Ligne begleitet, sind nach Genua geschickt worden, um den gefangenen Soldaten des heil. Stuhles Unterstützung zu bringen und wegen ihrer Freilassung zu unterhandeln. Cavour verlangt außer der Entlassung der Fremden aus dem Dienste des Papstes die Restitution der politischen Gefangenen, welche zu den von den Piemontesen besetzten Provinzen gehören. Die Franzosen sind in Montefiascone eingerückt. Die ganze Provinz Viterbo ist jetzt von ihnen wieder besetzt. Die Freiwilligen des Masi lagern bei Orvieto. Merode verlangt, daß sich die französische Besatzung auch auf diese Stadt erstrecke.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 29. Oktober 1860.

Angekommen sind die Herrn Gutsbesitzer: Joseph Bieńkowski, von Polen. Alfred Bogusz, von Rzemień. Ludwig Jankowski, von Bozyłówka. Thadeus Wolański, von Posen. Felix Łgocki, gewesener Major, von Wien.

Abgereist sind die Herrn Gutsbesitzer: Ignatz Cywiński, nach Lemberg. Romuald Puzyna und Karl Br. Hampei, nach Stryj. Alois Bocheński, nach Otyniowice. Nikolaus Grocholski, nach Rußland. Alexander Graf Łaczyński, nach Lemberg. Golitzin, kais. ruß. General, nach Kijow.

3. 14880. **Edict.** (2296. 1-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird dem dem Leben und Aufenthalte nach unbekannten Herrn Ignaz Chrzanowski und im Falle dessen Todes dessen unbekannten Erben mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben Hr. Anton Kurowski wegen Anerkennung und Intabulirung als Eigenthümer der in der Landtafel dom. 115 pag. 120 eingetragenen Vogte Juszczyn (Advocatie Juszczyn) Krakauer Kreises, Makower Bezirkes hiergerichts unterm präs. 29. September 1860 Z. 14880 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber mit dem hiergerichtlichen Bescheide vom 16. October 1860 Z. 14880 zur mündlichen Verhandlung die Tagsatzung auf den 20. November 1860 um 10 Uhr Vormittags angeordnet wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Zyblikiewicz mit Substituirung des Advokaten Hrn. Dr. Witski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechts-Behelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Versäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird. Krakau, am 16. October 1860.

N. 4748. **Edict.** (2277. 2-3)

Vom k. k. Rzeszower Kreis-Gerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe Adrian August Gf. Mailly wider die Erben des Ignatz Smolski, als: Adam Smolski, Anton Gąsowski, Jakob Gąsowski, Michael Gąsowski, Thomas Gąsowski, Katharina de Gąsowskie Hermanowa, Elisabeth de Gąsowskie Biernlowa oder Siernlowa oder Sieraskinowa wegen Löschung des Betrages von 897 ‡‡ aus dem Lastenstande des Sendziszower Kaufschillings und Eliminirung aus der Zahlungstabelle und einige Andere unterm 18. September 1860 Z. 4748 die Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur mündlichen Verhandlung die Tagfahrt auf den 19. December 1860 um 10 Uhr Vormittags anberaumt wurde.

Da der Aufenthaltsort der oberwähnten Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Reiner mit Substituirung des Advokaten Hrn. Dr. Lewicki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die besagten Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Vertreter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Versäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden. Rzeszów, am 28. September 1860.

Kundmachung. (2294. 1-3)

Die Statuten der österreichischen National-Bank enthalten über die Repräsentation der Bank-Gesellschaft, folgende Vorschriften:

§. 5.

„In den Bank-Angelegenheiten eine Stimme zu führen, sind nur jene Actionäre berechtiget, welche in den Vormerkungen der Bank mit ihrem Namen als Actionäre erscheinen, und sich über den vorgeschriebenen Besitz der jährlich von der Bank-Direction zu verkündenden Anzahl von Actien auszuweisen vermögen."

§. 22.

„Die Bank-Gesellschaft wird durch einen Ausschuß und durch eine Direction repräsentirt."

§. 23.

„An dieser Repräsentation können nur jene Actionäre, welche österreichische Unterthanen sind, in der freien Verwaltung ihres Vermögens stehen, und die erforderliche Zahl der Actien besitzen, Theil nehmen. Insbesondere sind davon diejenigen ausgeschlossen, über deren Vermögen ein Concurs (Aufruf der Gläubiger) angeordnet wurde, oder welche durch die Gesetze für unfähig erklärt sind, vor Gericht ein giltiges Zeugniß abzulegen."

§. 24.

„Der Bank-Ausschuß hat aus hundert Mitgliedern zu bestehen."

§. 25.

Jene Actionäre sind Mitglieder des Ausschusses, welche nach dem Ausweise des Actien-Buches, sechs Monate vor und zur Zeit der Einberufung des Ausschusses, die größte Anzahl Actien besitzen." (Diese Actien müssen demnach auf den Namen des betreffenden Actionärs lauten, und vom 1. Janner 1860 oder früher datirt sein.) „Bei einer gleichen Anzahl entscheidet die frühere Nummer des Blattes im Actien-Buche. Der Besitz der Actien selbst, ist jedoch durch Depositirung oder Vinculirung derselben, einen Monat vor der Versammlung des Ausschusses, bei der Bank auszuweisen."

§. 27.

„Jedes Mitglied des Ausschusses kann nur in eigener Person und nicht durch einen Bevollmächtigten erscheinen, hat auch bei Berathungen und Entscheidungen, ohne Rücksicht auf die geringere oder größere Anzahl Actien, die ihm gehören, und wenn es auch in mehreren Eigenschaften an den Verhandlungen Theil nehmen würde, nur Eine Stimme."

Um so viel möglich zu erreichen, daß eine Zahl von hundert Mitgliedern an der nächsten Ausschuß-Versammlung Theil nehme, werden hiermit alle Actionäre, welche sich im Besitze von mindestens **Fünf** Actien befinden, und Ausschuß-Mitglieder zu werden wünschen, in so ferne sie zu Folge der vorerwähnten Bestimmungen hierzu befähigt sind, eingeladen, baldmöglichst, und zwar längstens bis 17. November d. J. durch ein an die Bank-Direction in Wien gerichtetes kurzes Schreiben, diese ihre Absicht bekannt zu geben.

Nach Ablaf dieses Termines ergehet sofort eine besondere Einladung an jene Herren Actionäre, welche sich gemeldet haben, und zwar in der Reihenfolge, welche die Zahl der Actien bezeichnet wird, in deren Besitz die eingeladenen Herren Actionäre sich befinden. Mit dieser besonderen Einladung werden dieselben ersucht werden, die Actien nach Vorschrift bis längstens 15. December 1860 zu deponiren.

Die Veröffentlichung des Verzeichnisses der Ausschuß-Mitglieder wird sodann unverzüglich erfolgen.

Wien, am 18. October 1860.

Pipitz,
Bank-Gouverneur.

Christian Heinrich Ritter von Coith,
Bank-Gouverneurs-Stellvertreter.

Sina,
Bank-Director.

Kundmachung

N. 5426. (2283. 1-3)

der kais. königl.  **privil. galizischen**

CARL LUDWIG-BAHN.

Für die Betriebsstrecke **Krakau-Przemyśl** werden im Jahre 1861 und zwar in der Stationen:

Wieliczka	200	Klafter
Bochnia	200	„
Słotwina	200	„
Tarnów	200	„
Czarna	200	„
Dębica	800	„
Ropczyce	700	„
Sędziszów	700	„
Trzciana	1000	„
Rzeszów	1000	„
Łańcut	1000	„
Przeworsk	1000	„
Jaroslau	800	„
Radymno	1000	„
Przemyśl	1000	„
Zusammen	10,000	Klafter

36 Zoll langes

Kiefern-, Fichten-, Tannen- oder Buchenholz

erforderlich, welche man im Offertwege hintanzugeben beabsichtigt.

Dem Kiefer- und dem Buchenholze wird der Vorzug gegen Fichten- und Tannenholz eingeräumt.

Die Ablieferung kann mit 1. Jänner k. J. beginnen, und muß bis Ende Juni 1861 beendet sein.

Lieferungslustige werden eingeladen, ihre dießfälligen Anbote auf Grund der bei den Inspectionen und den exponirten Organen der Gesellschaft in Jaroslau, Radymno und Przemyśl einzusehenden Bedingnisse bis

längstens 17. November l. J.

bei der Centralleitung der k. k. pr. gal. Carl Ludwig-Bahn, Wien, Heidenschuß, Credit-Anstalts-Gebäude, einzubringen.

Dem Anbote muß ein 5% Vadium des berechneten Betrages der beabsichtigten Lieferung im Baaren oder börsefähigen Papieren, letztere nach dem Tages-Curse berechnet, beigelegt sein.

Es muß weiter genau angegeben werden, wie viel, in welcher Gattung, auf welchen Stationsplatz und zu welchem Preise das Brennholz abgeliefert werden will.

Die Vadien der unberücksichtigt gebliebenen Anbote werden binnen 8 Tagen nach erfolgter Entscheidung zurückgestellt.

Wien, am 18. October 1860.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Kundmachung. (2285. 2-3)

Die kais. königl.  **privil. galizische**

Carl Ludwig-Bahn

bringt zur allgemeinen Kenntniß, daß die Bahnstrecke von

PRZEWORSK bis PRZEMYSL

mit den Stationen: **Jarosław, Radymno, Żurawica** und **Przemyśl**

am 4. November l. J. für Personen, Gepäck und Eilgut, **am 14. November l. J.** aber für den Frachtverkehr, mit Ausnahme von **Żurawica**, eröffnet werden wird.

Zugleich wird bekannt gegeben, daß bei Eröffnung des Frachtverkehres die zollämtliche Manipulation für Güter **nach** und **aus** dem Auslande von **Rzeszów** nach **Przemyśl** verlegt wird.

Von dem oben angegebenen Tage an finden die in **Krakau** anlangenden oder von **Krakau** abgehenden Personenzüge 1, 2, 3 und 4 den Anschluß an die Nachbarbahn.

Wien, am 23. October 1860.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum red.	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage von	bis
29	2	332 79	4,4	68	Ost stark	Heiter m. Wolken		+2·9	+1·1
	10	33 75	0 1	88	„ schwach	„			
30	6	34 65	3·6	75	„	Trüb „			

JOHANN NEPOMUK GALLI,
Bildhauer und Steinmetz,

nimmt sich die Ehre einem geehrten P. T. Publicum bekannt zu geben, daß er seine Wohnung und Werkstätte aus der Franciskaner Gasse Nr. 220 in das eigene Haus

Zwierzyniecer Gasse bei den Planten Nr. 211 alt, Nr. 8 neu Gm. IX.

übertragen habe. (2286. 2-3)

Wiener - Börse - Bericht

vom 27. Oktober.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.	61 50	61 75
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	75.—	75 30
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	96 —	97 —
Metalliques zu 5% für 100 fl.	61 25	61.50
dtto. „ 4½% für 100 fl.	58 50	58 75
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	124.—	124 50
„ 1854 für 100 fl.	88 —	88.50
„ 1860 für 100 fl.	87 —	89 —
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	16.—	16. 0

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nied. Oesterr. zu 5% für 100 fl.	87 —	88.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	86.—	87.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	86 —	87 —
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	96 —	— —
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	88 —	89.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	67 25	67 75
von Tem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	65.—	66 —
von Galizien zu 5% für 100 fl.	66 25	66 75
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	64 55	65.—

Actien.

	Geld	Waare
der Nationalbank pr. St.	745 —	747 —
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	167 —	167 20
der Nied.-öst. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	53 —	54 —
der Kais.-Ferd.-Nordbahn 1000 fl. CM.	1833 —	1834 —
der Staats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. CM oder 500 Fr.	254 50	255.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	177 50	178 —
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	111 —	112 —
der Theißb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147 —	147 —
der südl. Staats-, lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 Fr. m. 120 fl. (60%) Einz.	144 —	144 50
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM. mit 120 fl. (60%) Einzahlung	149 —	150.—
der österr. Donaudampfschifffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	398 —	400 —
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	150.—	190 —
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. C. M.	360 —	370 —
der Wiener Dampfmühl-Aktien-Gesellschaft zu 500 fl. österr. Währ.	315 —	325 —

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CM. 6jährig zu 5% für 100 fl.	99.—	100 —
der Nationalbank auf CM. 10jährig zu 5% für 100 fl.	97 —	97 50
der Nationalbank auf CM. verlosbar zu 5% für 100 fl.	87 50	88.—
der Nationalbank auf österr. Wäh. 12monatlich zu 5% für 100 fl.	100.—	— —
der Nationalbank auf österr. Wäh. verlosbar zu 5% für 100 fl.	84.—	85.50
Galiz. Kredit-Anstalt C. M. zu 4% für 100 fl.	83.—	84 —

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung	103 50	104.—
Donau-Dampfsch.-Gesellsch. zu 100 fl. CM.	92.—	93.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.-M.	110.—	112.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	38.—	38 50
Esterhazy zu 40 fl. CM.	83 —	84 —
Salm zu 40 „	36 50	37. —
Palffy zu 40 „	35 —	35 50
Clary zu 40 „	35.50	36 —
St. Genois zu 40 „	35 25	35 75
Windischgrätz zu 20 „	23.—	23 50
Waldstein zu 20 „	25.—	25 50
Keglevich zu 10 „	13 50	14 —

3 Monate.

Bank-(Platz-)Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3½%	113,60	113.70
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 2%	113.70	113.75
Hamburg, für 100 M. B. 2%	100.25	100.25
London, für 10 Pfd. Sterl. 4%	132.60	132.70
Paris, für 100 Franken 3½%	52.80	52 85

Cours der Geldsorten.

	Geld	Baare
Kais. Münz-Dukaten	6 fl. —40 Nkr.	6 fl. —36 Nkr.
„ vollwichtige Duk.	6 fl. —40 „	6 fl. —35 „
Kronen	18 fl. —30 „	18 fl. —35 „
Napoleonsd'or	10 fl. —68 „	— fl. —— „
Ruff. Imperials	10 fl. —95 „	— fl. —— „

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge
vom 1. August 1859.

Abgang von Krakau

Nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachmittags.
Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.
Nach Myslowitz (Breslau) 7 Uhr Früh,
Bis Ostrau und über Oderberg nach Preußen 9 Uhr 45 Minuten Vormittags.
Nach Rzeszów 5,40 Früh, (Ankunft 12,1 Mittags); nach Przeworsk 10,30 Vorm. (Ankunft 4,30 Nachm.)
Nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

Abgang von Wien

Nach Krakau 7 Uhr Morgens. 8 Uhr 30 Minuten Abends.

Abgang von Ostrau

Nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

Abgang von Myslowitz

Nach Krakau 1 Uhr 15 M. Nachm.

Abgang von Szczakowa

Nach Granica 10 Uhr 15 M. Vorm. 7 Uhr 56 M. Abends und 1 Uhr 48 Minuten Mittags.
Nach Trzebinia 7 Uhr 23 M. Mrg., 2 Uhr 33 M. Nachm.

Abgang von Granica

Nach Szczakowa 6 Uhr 30 M. Früh, 9 Uhr Vorm., 2 Uhr 6 Min. Nachmitt.

Ankunft in Krakau

Von Wien 9 Uhr 45 Min. Vorm., 7 Uhr 45 Min. Abends.
Von Myslowitz (Breslau) und Granica (Warschau) 9 Uhr 45 Min. Vorm. und 5 Uhr 27 Min. Abends.
Von Ostrau und über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abds.
Aus Rzeszów (Abgang 2,15 Nachm.) 8,24 Abends, aus Przeworsk (Abgang 9 Uhr Vorm.) 3 Uhr Nachm.
Aus Wieliczka 6,40 Abends.

In der Buchdruckerei des „CZAS."

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.